

Die Berufung in Zivilsachen

Kramer

9. Auflage 2022
ISBN 978-3-406-78106-3
C.H.BECK

Die Berufung in Zivilsachen

Für Praxis und Ausbildung

von

Dr. Wolfgang Kramer

Vorsitzender Richter a.D. am
Hanseatischen Oberlandesgericht Hamburg

9., neu bearbeitete Auflage 2022
des von Claus-Dieter Schumann begründeten und
bis zur 5. Auflage bearbeiteten Werkes

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG



C.H. BECK

Zitervorschlag: *Kramer* Berufung Rn.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78106 3

© 2022 Verlag C.H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck, Bindung und Umschlaggestaltung: Druckerei C.H. Beck Nördlingen
(Adresse wie Verlag)

Satz: Textservice Zink, 74869 Schwarzach



chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Berufungsverfahren in Zivilsachen wird zunehmend komplexer. Eine durchgängige Linie ist kaum noch zu erkennen. Die Bewältigung von Einzelfragen steht in der Rechtspraxis mehr und mehr im Vordergrund. Dem entgegenzutreten, ist Anliegen dieses Buches. Die gefundenen Lösungen werden praxisnah in einen übergreifenden dogmatischen Zusammenhang gestellt. Verfahrensrechtliche Bezüge zu erstinstanzlichen und revisionsrechtlichen Aspekten werden an den einschlägigen Stellen herausgearbeitet. So ergibt sich ein systematischer Überblick für denjenigen, der einen ersten Einstieg in das Berufungsrecht sucht, und hilft durch punktuelle Vertiefung dem versierten Praktiker bei der Beantwortung konkreter Einzelfragen. Neben der ausführlichen Darstellung der vorherrschenden Meinung werden auch Ansatzpunkte für Kritik aufgezeigt und Vorschläge zu Lösungsmodifizierungen entwickelt, wobei jeweils kenntlich gemacht ist, wenn die hier vertretene Ansicht von der herrschenden abweicht.

Die Sicht des Richters bestimmt die Abfolge der Problemaufbereitung. Dem richterlichen Aufgabenfeld dient die Unterbreitung von ausformulierten Vorschlägen für Entscheidungen und Verfügungen. Die gedankliche Auseinandersetzung zielt aber ebenso darauf ab, den Parteien und ihren anwaltlichen Vertretern den Blick dafür zu schärfen, welchen Gesichtspunkten bei ihrer Vorgehensweise und ihren inhaltlichen Ausführungen im Interesse einer aussichtsreichen Prozessführung Rechnung zu tragen ist. Exemplarische Muster für Schriftsätze in typischen prozessualen Situationen erleichtern das Verständnis. Die umfassenden Nachweise aus der höchstrichterlichen Rechtsprechung und die vielfältigen Belege aus der Kommentarliteratur sorgen dafür, dass nicht nur im Berufungsverfahren tätige Rechtsanwälte, sondern auch mit Berufungssachen befasste Richter wie auch mit der Bearbeitung solcher Verfahren betraute Referendare nützliche Hinweise für den Umgang mit zivilrechtlichen Berufungsangelegenheiten finden.

Seit dem Erscheinen der 8. Auflage dieses Buches, seinerzeit erstmals im C.H.Beck Verlag und erstmals unter dem Namen des seit der 6. Auflage allein bearbeitenden Unterzeichners, sind mehr als sechs Jahre vergangen. Zwar hat es in dieser Zeit keine grundlegende Neuordnung des Berufungsverfahrens gegeben. Neben der ständig fortschreitenden höchstrichterlichen Rechtsprechung und der Weiterentwicklung der zivilprozessualen Literatur waren aber auch in dieser Zeit verschiedene gesetzliche Änderungen zu verzeichnen. Zu erwähnen sind die Zehnte Zuständigkeitsanpassungsverordnung, das Gesetz zur Änderung des Sachverständigenrechts, das Gesetz zur Durchführung der Verordnung der Europäischen Union Nr. 655/2014, das Gesetz zur Änderung von Vorschriften im Bereich des Internationalen Privat- und Zivilverfahrensrechts, das Gesetz zur Einführung der elektronischen Akte in der Justiz und zur weiteren Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs, das Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage sowie das Gesetz zur Regelung der Wertgrenze für die Nichtzulassungsbeschwerde in Zivilsachen und zum Ausbau der Spezialisierung bei den Gerichten. Diese Gesetze müssen beachtet werden, auch wenn sie nur zum Teil Einfluss auf das zivilprozessuale Berufungsverfahren haben.

Da das Werk aus den in der Praxis gemachten Erfahrungen lebt, bittet der Verfasser im Interesse einer Weiterentwicklung um Anregungen wie auch kritische Hinweise an die Adresse kramer@hamburg.de.

Hamburg, im August 2021

Wolfgang Kramer


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage

Dieser Leitfaden ist in erster Linie denen gewidmet, die sich erstmals oder nach langer Unterbrechung erneut mit Berufungen in Zivilsachen befassen müssen. Er wendet sich also besonders an den neu beim Berufungsgericht zugelassenen Anwalt, den dort frisch eingesetzten Richter – etwa den Hilfsrichter im „dritten Staatsexamen“ –, auch an den einer landgerichtlichen Berufungskammer oder einem Oberlandesgericht zur Ausbildung überwiesenen Referendar. Ihnen allen soll zur Erleichterung ihrer Arbeitslast ein erster Überblick über alle im Berufungsverfahren vorkommenden wichtigen Probleme, die häufigsten Fehlerquellen und ein Schema zur rationellen Bearbeitung einer Berufungsakte gegeben werden. Für den jungen erstinstanzlichen Richter könnte ein Blick in den Leitfaden nützlich sein, wenn es darum geht, seine Entscheidungen „berufungsfest“ zu machen. Vielleicht können sich auf diese Weise alle hiermit Angesprochenen manchen überflüssigen Zeitaufwand, allzu häufige Bemühung schon erfahrenerer Kollegen oder gar einen Misserfolg – der junge Anwalt etwa einen schmerzlichen Haftungsfall – ersparen, bis sie mit der Zeit ihren eigenen, von dem des Verfassers vielleicht durchaus abweichenden Arbeitsstil entwickelt haben.

Das Buch will demgemäß nicht in Konkurrenz zu den vorhandenen vorzüglichen prozessrechtlichen Erläuterungswerken treten. Es schöpft selbst aus ihnen. Dafür enthält der Leitfaden wiederum praktische Hinweise, Erfahrungsberichte und auch Betrachtungen zur Psychologie des Verfahrens, wie sie in keinem herkömmlichen Kommentar erwähnt zu werden pflegen.

Hamburg, im Juni 1971

Claus-Dieter Schumann

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Aus dem Vorwort zur ersten Auflage	VII
Abkürzungs- und Schrifttumsverzeichnis	XV

1. Abschnitt

Die gerichtsinterne Zuständigkeitsprüfung

§ 1. Die geschäftsplanmäßige Zuständigkeit des Berufungsrichters	1
§ 2. Nur für die Berufung an das Landgericht: Die Zuständigkeitsverteilung zwischen Zivilkammer und Kammer für Handelssachen	3
I. Allgemeines	3
II. Verfahren bei beiderseitiger, aber unterschiedlich adressierter Berufung	4
III. Zur Opportunität der Anrufung einer Kammer für Handelssachen	5

2. Abschnitt

Die Prüfung der Zulässigkeit der Berufung

§ 3. Das Rangverhältnis der Zulässigkeitsanforderungen	7
I. Der Vorrang der Zulässigkeitsprüfung vor der Sachprüfung	7
II. Das Rangverhältnis der Zulässigkeitsanforderungen untereinander	9
§ 4. Die sachliche und örtliche Zuständigkeit des angerufenen Berufungsgerichts	9
I. Sachliche Zuständigkeit	9
1. Überblick	9
2. Insbesondere: Zuständigkeit der Oberlandesgerichte für Rechtsmittel gegen Entscheidungen der Amtsgerichte	10
a) Von den Familiengerichten entschiedene Sachen	10
b) Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit	11
3. Zuständigkeit bei Klageerweiterung im Berufungsrechtszug	12
II. Örtliche Zuständigkeit	13
III. Ausschluss der Rüge erstinstanzlicher Unzuständigkeit	14
IV. Rechtsweg	14
§ 5. Die Behandlung einer nicht durch einen Rechtsanwalt eingelegten Berufung	15
§ 6. Die berufungsfähigen Entscheidungen	18
I. Vorbemerkung	18
II. Nichturteil – Scheinurteil – nichtiges Urteil – noch nicht existentes Urteil	18
III. Von der Berufung ausgeschlossene Endurteile	20
1. Kosten-Schlussurteil	20
2. Entscheidungen in Familiensachen	21
3. Versäumnisurteile	21
4. Landesrechtliche Besonderheiten	21
5. Urteile des Arbeitsgerichts	22
IV. Berufungsfähige Zwischenurteile	22
V. Rechtsmittel gegen „inkorrekte“ Entscheidungen	23
§ 7. Die im Berufungsverfahren aktiv und passiv legitimierten Personen	24
I. Allgemeines	24
II. Die Rechtslage des durch ein Urteil beeinträchtigten unbeteiligten Dritten	24
§ 8. Der Rechtsmittelverzicht	26
I. Von Amts wegen und nur auf Einrede zu beachtende Rechtsmittelverzichte	26
1. Rechtsmittelverzicht gegenüber dem Gericht	26

2. Außergerichtlicher Rechtsmittelverzicht gegenüber dem Gegner	27
II. Die Form des Rechtsmittelverzichts	28
III. Die Bindungswirkung des Rechtsmittelverzichts	29
§ 9. Die im Berufungsverfahren zu beachtenden Fristen	30
I. Die Berufungsfrist	30
1. Dauer, Natur und Beginn der Berufungsfrist	30
2. Die Berechnung der Berufungsfrist	33
3. Der Nachweis der Urteilszustellung	34
4. Die Hinausschiebung der Urteilszustellung	37
5. Der Nachweis der Rechtzeitigkeit der Berufungseinlegung	37
6. Fristwahrung durch Telefax oder elektronisches Dokument	39
a) Übermittlung durch Telefaxdienst (Telekopie), § 130 Nr. 6 ZPO	40
b) Übermittlung durch elektronisches Dokument, § 130a ZPO	42
II. Die Berufungsbegründungsfrist	43
1. Dauer, Natur und Beginn der Berufungsbegründungsfrist	43
2. Die Berechnung der Berufungsbegründungsfrist	45
3. Die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist	45
a) Form des Antrags	45
b) Zeitpunkt der Antragstellung	46
c) Anlass für die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist	47
d) Form und Wirksamkeit der Entscheidung über das Fristverlängerungsgesuch	49
4. Der Nachweis der Rechtzeitigkeit der Berufungsbegründung	50
III. Die richterliche Feststellung der Fristwahrung	50
IV. Keine Fristenakrobatik	51
V. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die Versäumung von Berufungs- und Berufungsbegründungsfrist	52
1. Allgemeines	52
2. Die Form des Wiedereinsetzungsgesuches in Berufungssachen	53
3. Die Bearbeitung und Bescheidung des Wiedereinsetzungsgesuches durch das Berufungsgericht	55
§ 10. Die Form der Berufungsschrift	57
I. Allgemeines	57
II. Unbedingtheit der Berufung	60
III. Anwaltsunterschrift	61
§ 11. Die Berufungsbegründung	64
I. Die Berufungsanträge	64
II. Die Berufungsgründe	68
1. Die Fallgruppen des § 520 III 2 Nr. 2, 3 und 4 ZPO	68
2. Die Anforderungen an die Berufungsbegründung	70
3. Den gesetzlichen Anforderungen nicht genügende Elemente einer Berufungsbegründung	76
III. Die Angabe des Wertes des Beschwerdegegenstandes	78
IV. Äußerung zur Entscheidung durch den Einzelrichter	78
V. Äußerung zur Möglichkeit eines Zurückweisungsbeschlusses gemäß § 522 II ZPO in der Berufungsbegründung?	79
VI. Bezugnahmeverbot	80
VII. Die Begründung der Berufung gegen ein sog. „zweites Versäumnisurteil“	81
VIII. Beispiel für eine Berufungsbegründungsschrift	83
§ 12. Die Beschwerde	86
I. Allgemeines	86
II. Die formelle Beschwerde des Klägers	87
1. Grundsatz	87
2. Ausnahmen vom Erfordernis der formellen Beschwerde des Klägers	88
3. Zur Beschwerde bei der unbezifferten Leistungsklage	90

III. Die Beschwer des Beklagten	92
IV. Das Erfordernis der Beschwer in der Hauptsache	94
V. Der für die Feststellung der Beschwer maßgebliche Zeitpunkt	95
§ 13. Die Berufungssumme	98
I. Höhe und Ausnahmen vom Erfordernis der Berufungssumme	98
II. Die Berechnung der Berufungssumme	101
1. Faustregel	101
2. Verschiedenheit von Wert der Klage und Wert der Berufung	101
3. Verschiedenheit von Berufungssumme und dem für die Gebührenberechnung maßgeblichen Streitwert	104
III. Maßgebender Zeitpunkt für die Bemessung der Berufungssumme	104
IV. Keine Korrektur der Berufungssumme durch Streitwertbeschwerde	105
§ 14. Das Rechtsschutzinteresse an der Berufung	107
§ 15. Die Verwerfung einer unzulässigen Berufung	109
I. Überblick	109
II. Die Beschlussverwerfung	110
1. Voraussetzungen und Zeitpunkt der Verwerfung	110
2. Form des Verwerfungsbeschlusses	112
3. Die Bestandskraft des Verwerfungsbeschlusses	113
III. Die Berufungsverwerfung durch Urteil	117
1. Voraussetzungen der Verwerfung durch Urteil	117
2. Die Bestandskraft des die Berufung verwerfenden Urteils	118

3. Abschnitt

Anschlussberufung und Berufungsrücknahme

§ 16. Die Anschlussberufung	119
I. Die Zulässigkeitserfordernisse der Anschlussberufung	119
II. Anwendungsfälle der Anschlussberufung	121
III. Die Befristung der Anschlussberufung	123
IV. Die Förmlichkeiten der Anschlussberufung	128
V. Das Verhältnis zwischen Anschlussberufung und beiderseits selbstständiger Berufung	129
VI. Unwirksamwerden der Anschlussberufung	130
VII. Die Entscheidung über die Anschlussberufung	133
1. Die Entscheidung über die Zulässigkeit der Anschlussberufung	133
2. Die Entscheidung über die Begründetheit der Anschlussberufung	133
VIII. Die Kostenlast der Anschlussberufung	134
§ 17. Die Rücknahme der Berufung	137
I. Die kostengünstigste Durchführung der Berufungsrücknahme	137
II. Form und Verfahren der Berufungsrücknahme	139
III. Kostenlast und Kostenentscheidung bei Rücknahme der Berufung	141

4. Abschnitt

Das Verfahren auf zulässige Berufung

§ 18. Der zur Entscheidung berufene Richter	145
I. Vorbemerkungen	145
II. Die Zurückweisung der Berufung mangels Erfolgsaussicht	146
1. Voraussetzungen des Zurückweisungsbeschlusses	146
2. Gegenstand des Zurückweisungsbeschlusses	152
3. Hinweispflicht und Gewährung rechtlichen Gehörs	153
4. Der Zeitpunkt der Entscheidung nach § 522 II ZPO	154
5. Inhalt des Zurückweisungsbeschlusses	156
6. Anfechtbarkeit des Zurückweisungsbeschlusses	158

III. Der streitentscheidende Einzelrichter	160
1. Die Voraussetzungen des § 526 I Nr. 1 bis 4 ZPO	160
2. Das Ermessen des Berufungsgerichts	162
3. Der zur Entscheidung zuständige Einzelrichter	163
4. Die Übernahme durch das Kollegium	164
IV. Der vorbereitende Einzelrichter	165
1. Die Zuweisung an den vorbereitenden Einzelrichter	165
2. Aufgaben und Befugnisse des vorbereitenden Einzelrichters	167
3. Entscheidungskompetenz des vorbereitenden Einzelrichters	168
4. Entscheidung des Einzelrichters mit Zustimmung der Parteien	169
V. Die Entscheidung des Rechtsstreits durch das Kollegialgericht	170
§ 19. Entscheidungsspielraum und Prüfungsumfang	171
I. Grundsatz	171
II. Schranken des berufsgerichtlichen Entscheidungsspielraums	172
1. Grenzen der Zuständigkeitsprüfung	172
2. Die „Anfallwirkung“	173
3. „Ne ultra petita“ und das Verbot der „reformatio in peius“	174
a) Grundsatz	174
b) Ausnahmen vom Grundsatz „ne ultra petita“ und vom Verbot der „reformatio in peius“	175
4. Selbstbindung des Berufungsgerichts	176
III. Die Bedeutung der Tatsachenfeststellung erster Instanz	176
1. Die Reichweite der Bindungswirkung des § 529 I Nr. 1 ZPO	176
2. Fälle notwendiger Wiederholung der Beweisaufnahme	180
3. Keine Bindung an das erstinstanzlich ausgeübte Ermessen	183
IV. Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel	183
1. Die Zurückweisung des im Berufungsrechtszug nicht rechtzeitig unterbreiteten Vorbringens (innerinstanzliche Präklusion)	184
2. Die Zulassung „neuer“ Angriffs- und Verteidigungsmittel im Berufungsrechtszug (zwischeninstanzliche Präklusion)	188
a) Im ersten Rechtszug zu Recht zurückgewiesenes Vorbringen (§ 531 I ZPO)	189
b) Neue Angriffs- und Verteidigungsmittel im Sinne von § 531 II ZPO	190
c) Unstreitiges neues Vorbringen im Berufungsrechtszug	197
V. Rügen der Unzulässigkeit der Klage	197
VI. Klageänderung, Aufrechnung und Widerklage	198
VII. Die Bedeutung des erstgerichtlichen Urteilstatbestandes	205
§ 20. Methodische Hinweise zur Sachbearbeitung	208
I. Allgemeine Hinweise	208
II. Gutachtenschema für die Anfertigung einer Proberelation in Berufungssachen	209
§ 21. Verfahrensfehler des Erstgerichts und andere Zurückverweisungsgründe	212
I. Vorbemerkung	212
II. Die einzelnen Zurückverweisungsgründe	213
1. Wesentlicher Verfahrensmangel	213
2. Verwerfung eines Einspruchs	215
3. Urteil nur über die Zulässigkeit der Klage	216
4. Zwischenurteil über den Grund	216
5. Vorbehaltsurteil	218
6. Versäumnisurteil	218
7. Unzulässiges Teilurteil	218
III. Zur Opportunität der Geltendmachung von Verfahrensfehlern und des Stellens eines Zurückverweisungsantrags	220
IV. Die Ausübung des nach § 538 II ZPO verbleibenden Ermessens	221

§ 22. Die Vorbereitung und Gestaltung der Berufungsverhandlung	222
I. Die Vorbereitung der mündlichen Verhandlung	222
II. Der Vergleich im Berufungsverfahren	223
1. Zur Psychologie des Vergleichs im Berufungsverfahren	223
2. Die Formulierung des Vergleichs im Berufungsverfahren	226
III. Die Gestaltung der Berufungsverhandlung	229

5. Abschnitt

Versäumnisverfahren, Nebenverfahren und Nebenentscheidungen im zweiten Rechtszug

§ 23. Das Versäumnisverfahren im zweiten Rechtszug	233
§ 24. Das Prozesskostenhilfeverfahren im zweiten Rechtszug	236
I. Erfolgsaussichten	236
II. Form, Inhalt und Zeitpunkt des Prozesskostenhilfesuches	237
III. Die Entscheidung über das Prozesskostenhilfesuch	240
IV. Die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hinsichtlich der durch das Prozesskostenhilfverfahren versäumten Rechtsmittelfristen	242
§ 25. Die einstweilige Einstellung der Zwangsvollstreckung aus dem angefochtenen Urteil	249
I. Allgemeine Hinweise	249
II. Einstellung trotz Sicherheitsleistung des Gläubigers	250
III. Verhältnis zum Schutzantrag in der Vorinstanz	251
IV. Ausnahmsweise Einstellung ohne Sicherheitsleistung	251
V. Bemessung der Sicherheitsleistung	252
§ 26. Zulassung der Revision und Nichtzulassungsbeschwerde	253
I. Vorbemerkungen	253
II. Zulassung der Revision	253
1. Zulassungsgründe	254
a) Grundsätzliche Bedeutung	254
b) Fortbildung des Rechts und Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung	255
2. Die Zulassungsentscheidung	259
3. Der Beschwerwert	261
III. Nichtzulassungsbeschwerde	262
1. Zulässigkeit der Nichtzulassungsbeschwerde	262
2. Das Verfahren der Nichtzulassungsbeschwerde	263
§ 27. Kostenlast und Kostenentscheidung im Berufungsverfahren	266
I. Die Kostenentscheidung bei erfolgloser Berufung	266
II. Die Kostenentscheidung bei erfolgreicher Berufung	267
III. Die Kostenentscheidung bei Zurückverweisung	267
IV. Die Kostenlast der Anschlussberufung	268
V. Ausnahmsweise Kostenlast des obsiegenden Berufungsführers	268
VI. Kostenlast und Kostenentscheidung bei Erledigung der Hauptsache im zweiten Rechtszug	269
VII. Kostenlast und Kostenentscheidung bei Rücknahme der Berufung	270
§ 28. Die vorläufige Vollstreckbarkeit des Berufungsurteils	271
I. Allgemeine Hinweise	271
II. Abgrenzung von rechtskräftigen und für vorläufig vollstreckbar zu erklärenden Urteilen	271
III. Vorläufige Vollstreckbarkeit, Sicherheitsleistung und Abwendungsbefugnis	272
1. Die Sicherheitsleistung des Schuldners nach § 711 ZPO	273
2. Die Sicherheitsleistung des Gläubigers nach § 711 ZPO	276
3. Unterbleiben der Schutzanordnungen gemäß § 713 ZPO	277

IV. Beispiele für die Tenorierung zur vorläufigen Vollstreckbarkeit	277
1. Berufungsurteile in nichtvermögensrechtlichen Streitigkeiten	277
2. Berufungsurteile in vermögensrechtlichen Streitigkeiten	278

6. Abschnitt

Das Berufungsurteil. Aufbau und Abfassung

§ 29. Allgemeine Hinweise – Urteilsschema	281
I. Gesetzliche Vorgaben	281
II. Schema eines schulmäßigen Berufungsurteils	283
§ 30. Der Urteilskopf	284
§ 31. Der Tenor des Berufungsurteils	285
I. Der Urteilstenor bei vollem Obsiegen einer Berufungspartei	285
1. Die Berufung wird als unzulässig verworfen	285
2. Die Berufung wird vollen Umfangs als unbegründet zurückgewiesen	286
3. Die Berufung führt zur Klageabweisung	286
4. Die Berufung führt zur Verurteilung des Beklagten	287
II. Der Tenor des Berufungsurteils bei nur teilweiser Abänderung des angefochtenen Urteils	287
III. Einzelfälle	289
1. Zurückverweisende Urteile	289
a) Zurückverweisung nach Grund- oder Vorbehaltsurteil	289
b) Zurückverweisung wegen Verfahrensmängeln	290
c) Zurückverweisung in sonstigen Fällen	291
2. Zweitinstanzliche Teil- und Schlussurteile	291
a) Teilurteile	291
b) Schlussurteile	292
3. Bestätigung und Aufhebung erstgerichtlicher Versäumnisurteile, einstweiliger Verfügungen und Arreste	292
4. Unerkannte Anschlussberufung, Klageerweiterung und Widerklage im zweiten Rechtszug	293
§ 32. Der Tatbestand des Berufungsurteils	295
I. Form und Funktion des Tatbestandes	295
II. Die einzelnen Elemente eines schulmäßigen Tatbestandes	302
1. Der Einleitungssatz	302
2. Die Darstellung des unstreitigen Sachverhalts im Tatbestand des Berufungsurteils	303
3. Das streitige Parteivorbringen des ersten Rechtszuges	304
4. Die Darstellung der Beweisaufnahme des ersten Rechtszuges	304
5. Prozessgeschichte	304
6. Das streitige Parteivorbringen des zweiten Rechtszuges	305
III. Vereinfachter Tatbestand eines Berufungsurteils	306
IV. Der Tatbestand eines Berufungsurteils in Punktensachen	307
§ 33. Die Entscheidungsgründe des Berufungsurteils	309
I. Aufbau und Funktion der Entscheidungsgründe	309
II. Die Entscheidungsgründe eines Berufungsurteils in Punktensachen	312
III. Keine Herabsetzung des Erstgerichts im Berufungsurteil	313
Sachverzeichnis	315